

Öffentlicher Dienst kein Wanderzirkus

Lilli Lenz über die Beamtenbesoldung in Rheinland-Pfalz

(BS) Die Besoldung in Rheinland Pfalz ist für die nächsten fünf Jahre auf ein Prozent gedeckelt. Nach einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Koblenz ist jetzt das Bundesverfassungsgericht gefragt, über die Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung zu entscheiden. Über die aktuelle Situation und deren Folgen sprach der Behörden Spiegel mit Lilli Lenz, Landesvorsitzende des DBB Beamtenbund und Tarifunion Rheinland-Pfalz. Die Fragen stellte Jörn Fieseler.

Behörden Spiegel: Der Beschluss des Verwaltungsgerichts Koblenz zur Beamtenbesoldung in Rheinland-Pfalz hat für viel Aufsehen gesorgt. Was ist Ihre Meinung dazu?

Lenz: Als erstes ist es natürlich ein kleiner Etappensieg und für uns ein super Signal in die richtige Richtung, wenngleich noch kein endgültiger Sieg in der Sache. Unsere Aussage ist bestätigt worden, die Beamten sind von der Einkommensentwicklung abgehängt, im Beschlussfall in einem Maß von 17,8 Prozent.

Zudem freuen wir uns über die Auffassung, allein die klamme Haushaltslage zur Begründung heranzuziehen, reiche nicht aus. Wir sind schon immer der Meinung gewesen, dass zuerst die Pflichtaufgaben bezahlt werden müssen. Da kann man nicht sagen, die Beamten werden zu teuer. Sie sind von der Landesregierung vor vielen Jahren eingestellt worden, da hätte man damals schon vorsorgen müssen. Aber da wird eben nicht in Gänze kalkuliert, sondern immer von Wahlperiode zu Wahlperiode. Das kann nicht sein.

Wir haben inzwischen eine sogenannte Giftliste mit 60 Punkten, in der wir jede Benachteiligung der Beamten aufgeführt haben. Diese Punkte machen sich nicht nur bei den geringeren Einkommen im Öffentlichen Dienst bemerkbar. Wir haben zunehmend die größten Probleme im hoch qualifizierten Bereich.



“Die Pflichtaufgabe, die Beschäftigten zu bezahlen, geht vor”, sagt **Lilli Lenz**, DBB-Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz. Foto: BS/DBB RLP

Behörden Spiegel: Können Sie das detaillierter ausführen?

Lenz: In den letzten 20 Jahren gab es einige schwere Brocken, Nullrunden, geringere Übernahmen oder zeitliche Verzögerungen, die von unserer Seite immer gegengerechnet worden sind. Seitens des Dienstherrn wurde immer die Unkündbarkeit als Gegenargument genannt. Der Dienstherr kauft sich Top-Leute ein, die überdurchschnittlich gut qualifiziert sind, sonst werden sie nicht verbeamtet. Es gibt keine tolle Ausstattung und dann heißt es, den Beamten ginge es so gut, weil sie unkündbar seien, deshalb brauche man die Bezüge nicht zu erhöhen. Das ist doch unredlich.

Zugleich wird Regelungswut immer schwieriger, auch angesichts der EU-Gesetzgebung, und dadurch das Verwaltungshandeln immer komplizierter. Massenarbeit, die es früher einmal gab, gibt es so gut wie überhaupt nicht mehr. Wir brauchen Leute, die wirklich motiviert und hoch qualifiziert sind. Da will ich mal sehen, wie man die auf Dauer bekommen will, wenn bei der Besoldung immer wieder gespart

wird. Nehmen sie beispielsweise den Lehrerberreich. Die erzieherische Komponente, die ein Lehrer heute in der Schule leisten muss, ist unglaublich, aber sie wird überhaupt nicht honoriert.

Behörden Spiegel: Sie sagten vorhin, die Pflichtaufgaben müssen bezahlt werden. Heißt das, dass die Gestaltungsspielräume der Politik dadurch enger werden?

Lenz: Ich bin der Meinung, es ist genügend Geld vorhanden. Die Einnahmeseite vom Land Rheinland-Pfalz sieht doch gar nicht so schlecht aus. Die Frage ist ja, wo gehen die Einnahmen denn hin. Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsparteien viel vorgenommen. Aber die Pflichtaufgabe, die Beschäftigten zu bezahlen, die schon seit vielen Jahren im Dienst sind, die geht vor! Das ist vergleichbar wie bei einer Wohnung. Erst muss ich Miete, Strom und Wasser bezahlen. Also muss die Politik erst das Personal im Öffentlichen Dienst ordentlich bezahlen, bevor an weitere politische Träume und Ziele gedacht wird. Und hier werfe ich der Politik vor, dass sie argumentiert, wenn mehr gezahlt werden muss, dann müssen wir Stellen streichen. Da kann ich nur erwidern, dass wir erst mal über einen Aufgabenab-

bau reden müssen. Wir dürfen uns nicht erpressen lassen nach dem Motto “Wenn ihr mehr Geld kriegt, dann nehmen wir euch Personal ab”. Da müssen wir dagegenhalten. Dann muss die Politik den Bürgern sagen, an welcher Stelle Einschnitte kommen.

Behörden Spiegel: Ihr Landesverband hält dagegen und unterstützt drei Musterverfahren gegen das Besoldungsgesetz. Wie ist denn bei diesen Fällen der aktuelle Stand?

Lenz: Im Moment passiert nichts, sämtliche Verfahren sind ruhend gestellt, um zu sehen, was in Karlsruhe mit dem Vorlagebeschluss passiert. Je nachdem, wie es läuft, werden wir natürlich alle gerichtlichen Wege ausschöpfen, genauso wie die Landesregierung vermutlich bis zur letzten Instanz gehen wird.

Behörden Spiegel: Haben Sie denn schon Kenntnis darüber, wann das Bundesverfassungsgericht sich mit der Frage beschäftigen wird und wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist?

Lenz: Ich habe noch keine offiziellen Hinweise bekommen, wir rechnen aber frühestens Anfang 2015 damit.

Behörden Spiegel: Und wie wird das Bundesverfassungsgericht ihrer Meinung nach entscheiden?

Lenz: Die Koblenzer Verwaltungsrichter beziehen sich in ih-

rem Beschluss hauptsächlich auf das Alimentationsprinzip. Für mich ist diese Argumentation wirklich glänzend. Wir stehen voll und ganz hinter der Begründung des Gerichts. Daran kann auch das Bundesverfassungsgericht nicht vorbei.

Behörden Spiegel: *Wie werden Sie als DBB weiter vorgehen? Stehen Sie im Dialog mit der Landesregierung?*

Lenz: Wir machen keine Basta-Politik. Wir werden weiterhin konstruktive Vorschläge vorbringen, auch immer wieder den Finger in die Wunde legen. Das ist zwar für alle Parteien ermüdend. Wir werden aber weiter am Ball bleiben. Jeder soll an seinem Platz seine Arbeit gut und ordentlich machen und das andere müssen wir auf anderer Ebene

regeln. Ich habe auch schon politische Signale bekommen, dass man eine lange Festlegung so nicht mehr wiederholen würde.

Übrigens hat man die Steigerung der Diäten im rheinland-pfälzischen Landtag ebenfalls an die Steigerung der Beamtgehälter gekoppelt, aber immer schön in kleinen Schritten, damit man sich zwischendrin bei Bedarf auch anders entscheiden kann. Nur bei den Beamtgehältern geht das gleich über fünf Jahre, das ist doch scheinheilig!

Behörden Spiegel: *Das ist ein interessanter Hinweis, gerade weil wir ja auch auf Bundesebene wieder die Diätendiskussion haben.*

Lenz: Da sage ich "Schein und Sein". Auf der einen Seite Sparpolitik und auf der anderen Seite

der Griff in die Vollen. Wenn sie jetzt den Bundestag anschauen, mit der Verabschiedung der Diätenerhöhung, was ist denn das für ein Signal für den Bürger, wer erhält denn eine zehnpromzentige Erhöhung in zwei Jahren? Das sind die Volksvertreter, die wir losschicken. Ich kritisiere nicht, was die Abgeordneten bekommen, die sollen alle gut abgesichert sein und gute Arbeit machen. Aber eine so hohe Steigerung in so kurzer Zeit halte ich mit Blick auf die allgemeinen Lohnsteigerungen für unverhältnismäßig.

Behörden Spiegel: *Das rheinland-pfälzische Vorgehen scheint Schule zu machen, wenn man ins benachbarte Hessen schaut. Dort soll ab 2016 eine einprozentige Erhöhung der Beamtgehälter festgeschrieben werden.*

Lenz: Die Kugel rollt. Rheinland-Pfalz ist ein ganz schlechtes Beispiel und entfaltet eine negative Signalwirkung. Ich kann nur sagen, wenn wir dann 2016 wieder ein ordentliches Einkommensplus bekommen sollten, sind die hessischen Beamten abgehängt. Dann spricht natürlich wieder vieles für einen Dienstherren in Rheinland-Pfalz. Vielleicht kommen dann die guten Leute wieder zurück, die mittlerweile nach Hessen abgewandert sind, besonders im Schulbereich. Aber was ist das? Völkerwanderung? Ist das im Sinne des Föderalismus? Der Öffentliche Dienst ist doch kein Wanderzirkus. Der Dienstherr muss ein Interesse daran haben, die besten Leute an sich zu binden. Aber offensichtlich will er das nicht. Das ist unverantwortlich.